

Sitzung vom 5. Oktober 2022

1315. Dringliches Postulat (Teilnahme an Studie zur politischen Neutralität der Sekundarstufe II)

Die Kantonsräte Matthias Hauser, Hüntwangen, Rochus Burtscher, Dietikon, und Paul von Euw, Bauma, haben am 11. Juli 2022 folgendes dringliche Postulat eingereicht:

Der Regierungsrat wird beauftragt, die politische Neutralität an Zürcher Mittelschulen und im Allgemeinbildenden Unterricht der Berufsfachschulen mittels einer repräsentativen Umfrage unter Schülerinnen und Schülern prüfen zu lassen.

Dazu kann die Studie, welche das Meinungsforschungsinstitut Sotomo im Kanton Aargau durchführt, auf den Kanton Zürich ausgeweitet werden.

Falls sich bestätigen sollte, dass sich an Mittel- und Berufsfachschulen abhängig von der politischen Einstellung nicht alle Schülerinnen und Schüler wohl fühlen, ihre Meinung zu äussern, sind Massnahmen vorzuschlagen, um die Meinungsfreiheit und die gesetzlich vorgeschriebene politische Neutralität Schulen uneingeschränkt herzustellen.

Begründung:

Im Rahmen einer Maturaarbeit an der Kantonsschule Baden wurden im Kanton Aargau an vier Mittelschulen über 530 Schülerinnen und Schüler zur freien, politischen Meinungsäusserung und politischen Neutralität der Schulen befragt. Ein Drittel der Schülerinnen und Schüler nehmen den Unterricht als eher links geprägt war, namentlich in den Fächern Geschichte, Geografie, Deutsch oder Englisch. Zwei Drittel ordnen die Lehrpersonen als eher dem politisch linken Spektrum zugehörig zu.

Es ist bekannt, dass bei einer institutionellen Gewichtung von Argumenten durch Vorgesetzte, oder bei einer unausgeglichene Anzahl von Argumenten verschiedener Haltungen oder bei einer qualitativ nicht neutralen Auswahl von Quellen die Angehörigen von Minderheitsmeinungen ihre Meinungen häufiger und in anstrengendere Situationen rechtfertigen müssen.

Die Folge davon ist, dass sich Jugendliche, die eine Minderheitsmeinung vertreten, unwohl fühlen, ihre Meinung überhaupt frei zu äussern. Im Kanton Aargau betrifft dies bürgerliche Jugendliche. Die Badener Maturaarbeit zeigte auf, dass gegenüber rechten Meinungsäusserungen wenig Toleranz an Mittelschulen herrscht.

Zahlreiche Indizien (u. a. mündliche Berichte, Schülerinnen- und Schülerstreiks) weisen darauf hin, dass die Situation an Zürcher Mittelschulen nicht besser ist als im Aargau. Deshalb verlangen wir eine wissenschaftliche Untersuchung und gegebenenfalls ein Bericht mit Massnahmen, die umgesetzt werden.

Begründung der Dringlichkeit

Da für die Studie im Kanton Aargau bereits ein Konzept erarbeitet wird/ist, muss der Entscheid zum allfälligen Anschluss (Ausweitung der Studie auf den Kanton Zürich) rasch erfolgen. Eine gemeinsame Studie mit dem Kanton Aargau fällt voraussichtlich kostengünstiger und gleichzeitig breiter aus als eine separate Zürcher Studie. Die Dringlichkeit ist somit rein praktisch begründet, um nicht mit dem sonst langwierigen parlamentarischen Prozess die Möglichkeit der Zusammenarbeit zu verspielen.

Der Kantonsrat hat das Postulat an seiner Sitzung vom 29. August 2022 für dringlich erklärt.

Auf Antrag der Bildungsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Zum dringlichen Postulat Matthias Hauser, Hüntwangen, Rochus Burtscher, Dietikon, und Paul von Euw, Bauma, wird wie folgt Stellung genommen:

Die im Postulat erwähnte, als eher links geprägt wahrgenommene Ausrichtung des Unterrichts im Kanton Aargau beruht auf einer im Rahmen einer Maturaarbeit erfolgten Umfrage. Anhand der im Kanton Aargau in Auftrag gegebenen, repräsentativen Studie soll untersucht werden, ob an den Aargauer Mittelschulen die politische Neutralität eingehalten wird.

Die im Kanton Aargau durchgeführte Studie kann nicht auf den Kanton Zürich ausgedehnt werden, da sich die Rahmenbedingungen im Kanton Zürich von jenen im Kanton Aargau unterscheiden. Eine analoge Studie für den Kanton Zürich in Auftrag zu geben, erscheint aus den folgenden Gründen zurzeit nicht angezeigt:

Rückmeldungen aus der Schulleiterkonferenz der Mittelschulen sowie der Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der Berufsfachschulen im Kanton Zürich stützen die Befürchtungen bezüglich fehlender politischer Neutralität der zürcherischen Mittel- und Berufsfachschulen nicht. Sofern sich in Einzelfällen Jugendliche im Unterricht aufgrund der politischen Ausrichtung der Lehrperson beeinträchtigt fühlen, können sie im Rahmen der an den Schulen etablierten Prozesse eine entsprechende

Rückmeldung an die Lehrperson oder an die Schulleitung geben. Bei offensichtlichen Zuwiderhandlungen werden personalrechtliche Massnahmen ergriffen.

Die Unterrichtsinhalte werden im Kanton Zürich in den Lehrplänen und den angewendeten Lehrmitteln festgelegt. Eine parteipolitische Ausrichtung ist darin nicht erkennbar. Im Bereich der überfachlichen Kompetenzen sollen Schülerinnen und Schüler die Fähigkeit erwerben, sich über Sachverhalte durch differenzierte Analysen, Schlussfolgerungen und Bewertungen bewusst und eigenständig ein Urteil zu bilden. Im Bereich der politischen Bildung geht es ausdrücklich darum, dass Lehrpersonen die Jugendlichen für politische Themen sensibilisieren. Gesellschaftlich kontrovers diskutierte Themen werden deshalb auch im Unterricht thematisiert, sodass den Jugendlichen eine diesbezügliche eigene Meinungsbildung ermöglicht wird. Hierzu wurde im August 2022 an den Berufsfachschulen das Angebot «Rede mit!» lanciert. Dieses bezweckt, im Vorfeld von politischen Abstimmungen Podiumsdiskussionen an den Schulen durchzuführen, um den Jugendlichen so die politische Debatte näherzubringen.

Die Diskussionskultur in einer Klasse wird aber nicht nur durch die Lehrpersonen, sondern auch durch das Elternhaus und die primäre soziale Bezugsgruppe der Jugendlichen, die politische Haltung der Jugendlichen selbst und das Klassenklima geprägt. Ausserdem können auch politische Bewegungen wie z. B. die in den letzten Jahren entstandene «Klimajugend» die Diskussionskultur im Klassenzimmer beeinflussen.

Angesichts dieser Sachlage erscheint es insgesamt als nicht angezeigt, im Kanton Zürich zum jetzigen Zeitpunkt eine Studie zur politischen Neutralität von Lehrpersonen der Sekundarstufe II in Auftrag zu geben. Sobald die Ergebnisse der im Kanton Aargau durchgeführten Studie vorliegen, wird aber selbstverständlich geprüft, inwiefern diese auch für den Kanton Zürich relevant sind und ob ein Bedarf nach einer Studie zur Frage der politischen Neutralität von Lehrpersonen der Sekundarstufe II besteht.

Aus diesen Gründen beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, das dringliche Postulat KR-Nr. 240/2022 abzulehnen.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Bildungsdirektion.

Vor dem Regierungsrat
Die Staatsschreiberin:
Kathrin Arioli